



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

23. Jan. 1985

86

Bern, den 11. Januar 1985

Ausgeteilt

Verordnung über eine Finanzhilfe an die Verwertung von
 überschüssigem Magermilchpulver

Aufgrund des Antrages des EVD vom **11. Jan. 1985**

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens, wird
 sigen Magermilchpulver

b e s c h l o s s e n :

Die Verordnung über eine Finanzhilfe an die Verwertung von über-
 schüssigem Magermilchpulver wird gutgeheissen und auf den 1. Februar
 1985 in Kraft gesetzt.

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
i.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
		EDA		
		EDI		
	X	EJPD	3	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	20	-
		EVED		
X		BK	4	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin Del.	2	-





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

Bern, den 11. Januar 1985

Ausgeteilt

6443.1

An den B u n d e s r a t

Verordnung über eine Finanzhilfe
 an die Verwertung von überschüs-
 sigem Magermilchpulver

1 Ausgangslage

Seit Jahren ergibt sich periodisch immer wieder die Notwendigkeit, überschüssiges Magermilchpulver mit Hilfe des Bundes zu liquidieren. In den Jahren 1976 bis 1982 geschah dies vorab mit freiwilligen Vereinbarungen, die zwischen dem Bundesamt für Landwirtschaft, den Organisationen von Produzenten von Magermilchpulver, der GGF, den Vereinigungen des schweizerischen Futtermittelimport Handels sowie den Vereinigungen der schweizerischen Futtermittelfabrikanten (landwirtschaftliche Genossenschaftsverbände und VSF) geschlossen wurden. Zudem wurde eine befristete Notstandsaktion durch Verordnung vom 15. Februar 1978 über Beiträge an die Sonderverwertung von Magermilch und Magermilchpulver (AS 1978 207) hoheitlich angeordnet.

Voraussetzung für die Sicherstellung der Ueberschussverwertung ist die Bereitstellung von Verbilligungsmitteln, um das überschüssige Magermilchpulver einer-

seits im Export absetzen zu können oder andererseits zusätzliche Mengen der Inlandverwertung zuzuführen. Im Rahmen der genannten Vereinbarungen erfolgte diese Mittelbeschaffung durch die Erhebung einer Umlageabgabe auf dem Futtermittelimport; dabei ermächtigten die Futtermittelimporteure die GGF, die Erteilung einer Einfuhrbewilligung für die gleichen Futtermittel, wie sie der Kartoffelkoppelung unterliegen, von der Leistung einer zusätzlichen Abgabe zwecks Verbilligung von Magermilchpulver-Ueberschüssen abhängig zu machen, die gleichzeitig mit den Preiszuschlägen zu entrichten war. Da diese freiwillige Abgabe jeweils bei der Festsetzung der Preiszuschläge mitberücksichtigt wurde, war es - rein wirtschaftlich gesehen - letztlich der Bund, der die Verbilligung des überschüssigen Magermilchpulvers durch Verzicht auf die volle Ausschöpfung des möglichen Preiszuschlagsvolumens finanzierte.

In den letzten Jahren sind ernsthafte Bedenken gegen diesen Finanzierungsmodus laut geworden. Seitens der Finanzbehörden des Bundes wird geltend gemacht, er verstosse gegen das im Finanzhaushaltgesetz verankerte Bruttoprinzip, wonach Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander in voller Höhe in Voranschlag und Rechnung auszuweisen sind. Daher lässt sich das bisherige Finanzierungskonzept der Ueberschussverwertung nicht aufrechterhalten.

2 Vorgeschlagene Lösung

Der Verordnungsentwurf geht davon aus, dass die Verwertung von überschüssigem Magermilchpulver nach wie vor aufgrund einer freiwilligen Vereinbarung durch

die interessierten Kreise erfolgt. Diese Möglichkeit wird in Artikel 21 des Landwirtschaftsgesetzes übrigens ausdrücklich erwähnt, und ihr Scheitern wäre Voraussetzung dafür, dass der Bund eine Uebernahmepflicht anordnen könnte. An die Verwertungskosten leistet der Bund eine Finanzhilfe, sofern bestimmte Auflagen und Bedingungen erfüllt sind. Es handelt sich demnach um eine reine Subventionsverordnung.

Wie bisher soll das überschüssige Magermilchpulver je nach Wirtschaftlichkeit entweder im Inland verwertet oder exportiert werden (Art. 4). Aus handelspolitischen Gründen wäre es allerdings erwünscht, wenn das Schwergewicht auf die Inlandverwertung gelegt und dem Export nur zweite Priorität eingeräumt würde. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass sich die Schweiz im Rahmen des GATT-Abkommens verpflichtet hat, beim Export von Milchprodukten bestimmte Mindestpreise einzuhalten.

Die Abwicklung erfolgt über eine spezielle Verwertungsstelle, die gegenüber dem Bund als Subventionsempfängerin auftritt (Art. 2). Es darf damit gerechnet werden, dass diese Stelle wie bis anhin der Schweizerischen Genossenschaft für Getreide und Futtermittel angegliedert wird.

Die Finanzhilfe des Bundes deckt in erster Linie die Differenz zwischen dem Abgabepreis der Milchpulverwerke und dem (tieferen) Uebernahmepreis der Abnehmer des überschüssigen Magermilchpulvers; dazu kommen mögliche zusätzliche Verwertungskosten (Art. 5 Abs. 1). Sie wird der Verwertungsstelle vom Bundesamt für Landwirtschaft aufgrund der eingereichten und geprüften Schlussabrechnung ausbezahlt; nötigenfalls können Vorschüsse ausgerichtet werden (Art. 6).

Wo es um die Wahrung öffentlicher Interessen geht, muss sich der Bund bestimmte Mitsprache- und Entscheidungsbefugnisse vorbehalten wie :

- Festlegung der zu verwertenden Mengen Magermilchpulver sowie des Zeitraums der Verwertung (Art. 1 Abs. 2);
- Festsetzung des Abgabepreises (Art. 5 Abs. 2 Bst. a);
- Genehmigung des Uebernahmepreises (Art. 5 Abs. 2 Bst. b).

Diese Befugnisse sollen durch das Bundesamt für Landwirtschaft ausgeübt werden. Am zweckmässigsten kann es davon Gebrauch machen, wenn ihm eine Vertretung innerhalb der von den Verwertern einzusetzenden gemeinsamen Kommission eingeräumt wird (Art. 3 Abs. 2).

Die vorgeschlagene Verordnung stützt sich auf die Artikel 24 (Ausfuhr) und 120 (Mitarbeit von Organisationen und Firmen) des Landwirtschaftsgesetzes sowie auf Artikel 26 des Milchbeschlusses (Förderung des Absatzes von einheimischen Milchprodukten im In- und Ausland). Sobald einmal der neue Artikel 21 Absatz 2 des Landwirtschaftsgesetzes (vgl. Botschaft vom 14. September 1983, BBl 1983 IV 69) rechtswirksam ist, wird er als Rechtsgrundlage für die Finanzhilfe des Bundes herangezogen werden können.

3 Situation auf dem inländischen Magermilchpulvermarkt

Die Magermilchpulvervorräte bei den Milchpulverwerken sind von 4'477 t Ende Dezember 1983 auf 11'383 t Ende Oktober 1984 angestiegen (prov. Angabe per Ende Novem-

ber 1984: 11'299 t). Davon sind 5'024 t durch Terminverkäufe absatzmässig gesichert. Die Hersteller von Milchersatzfuttermitteln ihrerseits verfügten Ende September 1984 über eigene Vorräte von 2'627 t. Insgesamt dürften somit zur Zeit Reserven an Magermilchpulver vorhanden sein, die genügen würden, um annähernd den Jahresbedarf der Milchersatzfutter-Industrie zu decken. Da für 1985 mit einem weiteren Ansteigen der Magermilchpulvervorräte gerechnet werden muss, halten wir zusätzliche Verwertungsmassnahmen für dringlich.

4 Finanzielle Auswirkungen

Geht man davon aus, dass die vom Bund zu deckende Differenz zwischen Abgabe- und Uebernahmepreis nach heutigen Schätzungen etwa bei Fr. 195.-- je 100 kg Magermilchpulver liegen dürfte, könnte mit den im Budget 1985 unter der Position "übrige Massnahmen" eingestellten 8 Mio Franken (Rubrik Nr. 707.433.32) eine Menge von rund 4'000 t verbilligt werden. Damit liesse sich das Magermilchpulverproblem ganz wesentlich entschärfen. (Zum Vergleich: Im Rahmen der beiden "freiwilligen Selbsthilfeaktionen" der Jahre 1976/77 und 1980/81 wurden 29'780 t Magermilchpulver verwertet; dies erforderte einen Aufwand zu Lasten des Bundes von rund 53.6 Mio Franken; hinzu kamen Beiträge des Zentralverbandes schweiz. Milchproduzenten in der Höhe von rund 9.3 Mio Franken).

5 Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens

Zum Verordnungsentwurf sind die an der Verwertung interessierten Organisationen (Produzenten von Magermilchpulver, Futtermittelimporteure und Futtermittelfabrikanten) angehört worden. Sie haben an einer Sitzung vom 18. Dezember 1984 der vorgeschlagenen Lösung zugestimmt. Eine an die neue Situation angepasste Vereinbarung steht kurz vor dem Abschluss.

Verwaltungsintern sind die Stellungnahmen des Bundesamtes für Justiz und der Eidgenössischen Finanzverwaltung eingeholt worden. Deren Vorschläge wurden so berücksichtigt, dass - bis auf eine Ausnahme - keine grundsätzlichen Differenzen bestehen. Diese Ausnahme betrifft die Frage einer allfälligen Beteiligung des Zentralverbandes Schweizerischer Milchproduzenten an den Verwertungskosten, wie sie von der Finanzverwaltung gefordert wird.

Hiezu ist zu bemerken, dass den Milchproduzenten aus Einkommensgründen gesamthaft eine hohe Kontingentsmenge von zurzeit rund 31 Mio q zugeteilt wurde; innerhalb dieser Menge ist die allgemeine Beteiligung der Produzenten am Aufwand der Milchprodukteverwertung auf 2 Rp. je kg Verkehrsmilch (nach Abzug der Freimenge) begrenzt. Wird indessen das zugeteilte Milchkontingent überschritten, hat bekanntlich der Milchproduzent zusätzlich eine Abgabe von 60 Rp. je kg überlieferte Milch zu entrichten, welche die bei der Verwertung dieser zusätzlichen Milchmenge anfallenden Kosten ganz oder doch weitgehend deckt. Im weiteren darf festgehalten werden, dass der Zentralverband den Milchpulverwerken für das über 2 Monate alte, in die Interventionslager überführte Mager-

milchpulver die Lager- und Zinskosten entschädigt (1984 rund 800'000 Franken). Diese Entschädigung stammt aus Mitteln des Preisstützungsfonds, der aus den bei den Milchproduzenten erhobenen Beiträgen - zurzeit 0,075 Rp. je kg Verkehrsmilch - gebildet wird. Aus diesen Gründen sind wir der Auffassung, dass auf eine besondere Beteiligung des Zentralverbandes zu verzichten sei.

6 Antrag

Gestützt auf diese Ausführungen stellen wir den

A n t r a g :

Die Verordnung über eine Finanzhilfe an die Verwertung von überschüssigem Magermilchpulver wird genehmigt und auf den 1. Februar 1985 in Kraft gesetzt.

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

In die Amtliche Sammlung

Beilagen:

- Entwurf einer Verordnung d + f
- Pressemitteilung d + f

Zum Mitbericht an:

- EJPD (BJ)
- EFD (FV)

Protokollauszug an:

- EJPD (BJ)
- EFD (FV, FK)
- EVD (GS, BAWI, EPK, BLW 10)

Verordnung
über eine Finanzhilfe an die Verwertung von überschüssigem
Magermilchpulver
vom

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf die Artikel 24 und 120 des Landwirtschaftsgesetzes¹⁾
sowie Artikel 26 des Milchbeschlusses vom 29. September 1953²⁾,
verordnet:

Art. 1 Grundsätze

¹Der Bund leistet Finanzhilfe an die Verwertung von überschüssigem Magermilchpulver (MMP), wenn dieses von den Milchpulverwerken, Futtermittelimporteuren und Futtermittelfabrikanten (Verwertern) nach den Auflagen und Bedingungen dieser Verordnung verwertet wird.

²Die Finanzhilfe wird für MMP gewährt, das innerhalb der vom Bundesamt für Landwirtschaft (Bundesamt) festgelegten Perioden und Mengen verwertet wird.

Art. 2 Empfänger

Empfänger der Finanzhilfe ist eine von den Verwertern im Einvernehmen mit dem Bundesamt bezeichnete zentrale Stelle (Verwertungsstelle).

Art. 3 Freiwillige Vereinbarung

¹Die Verwerter organisieren die Verwertung und regeln das Verfahren durch freiwillige Vereinbarung im Sinne von Artikel 21 des Landwirtschaftsgesetzes.

1) SR 910.1

2) SR 916.350

²Sie setzen zur Durchführung der Vereinbarung eine gemeinsame Kommission ein. Das Bundesamt nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen der Kommission teil.

Art. 4 Inlandverwertung, Export

¹Die Verwerter sorgen für eine möglichst kostengünstige Verwertung des MMP im In- oder Ausland.

²Bei der Inlandverwertung ist das MMP entweder über die Gehaltsnormen hinaus den Milchersatzfuttermitteln beizumischen oder zur Herstellung von Mischfutter zu verwenden. Die Verwerter treffen im Einvernehmen mit dem Bundesamt die erforderlichen Massnahmen, um eine missbräuchliche Verwendung zu verhindern.

³Im Falle des Exportes ist in der Regel eine Ausschreibung vorzunehmen. Die bestehenden internationalen Vereinbarungen sind zu beachten.

Art. 5 Höhe der Finanzhilfe

¹Die Finanzhilfe des Bundes deckt:

- a. die Differenz zwischen dem Preis, zu dem die Milchpulverwerke das MMP verkaufen (Abgabepreis), und dem Preis, den die Abnehmer dafür entrichten (Uebernahmepreis);
- b. allfällige zusätzliche Verwertungskosten (Abwicklung, Zins, Denaturierung, Mischlohn, Frachten).

²Es werden festgesetzt:

- a. der Abgabepreis vom Bundesamt auf Antrag der Milchpulverwerke;
- b. der Uebernahmepreis von den Verwertern mit Zustimmung des Bundesamtes.

Art. 6 Zeitpunkt der Auszahlung

Das Bundesamt zahlt die Finanzhilfe der Verwertungsstelle aus, nachdem ihm diese die Schlussabrechnung eingereicht hat. Soweit das MMP verkauft ist, kann das Bundesamt auch einen Vorschuss leisten.

Art. 7 Verteilung der Finanzhilfe

¹Die Verwertungsstelle verteilt die Finanzhilfe nach Massgabe der gelieferten Mengen MMP auf die Milchpulverwerke.

²Ergeben sich zwischen der Verwertungsstelle und einem Milchpulverwerk Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung, so entscheidet das Bundesamt.

Art. 8 Vollzug

¹Das Bundesamt vollzieht diese Verordnung.

²Es überwacht die Einhaltung der Auflagen und Bedingungen für die Finanzhilfe.

Art. 9 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am _____ in Kraft.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Der Bundeskanzler:

**Ordonnance
concernant une aide financière à l'écoulement d'excédents de poudre de lait
écrémé**
du

Le Conseil fédéral suisse,

vu les articles 24 et 120 de la loi sur l'agriculture¹⁾,
vu l'article 26 de l'arrêté du 29 septembre 1953²⁾ sur le statut du
lait,

arrête:

Article premier Principes

¹ La Confédération accorde une aide financière à l'écoulement de poudre de lait écrémé (PLE), lorsque les fabriques de poudre de lait, les importateurs de matières fourragères et les fabricants de denrées fourragères (utilisateurs) commercialisent celle-ci conformément aux conditions et charges fixées dans la présente ordonnance.

² L'aide financière est octroyée pour la PLE commercialisée au cours de périodes et en quantités que fixe l'Office fédéral de l'agriculture (Office fédéral).

Art. 2 Destinataire

L'aide financière est versée à une centrale (Centrale de commercialisation) que désignent les utilisateurs, en accord avec l'Office fédéral.

Art. 3 Convention

¹ Les utilisateurs organisent l'écoulement et règlent la procédure à suivre dans une convention au sens de l'article 21 de la loi sur l'agriculture.

1) RS 910.1

2) RS 916.350

² Ils mettent sur pied une commission commune chargée d'appliquer la convention. L'Office fédéral participe aux séances de cette commission, avec voix consultative.

Art. 4 Ecoulement dans le pays, exportation

¹ Les utilisateurs veillent à un écoulement le plus économique possible de la PLE, dans le pays ou à l'étranger.

² En ce qui concerne l'écoulement dans le pays, la PLE doit être mélangée aux succédanés du lait en sus de la proportion fixée dans les normes de composition ou servir à fabriquer des fourrages mélangés. En commun accord avec l'Office fédéral, les utilisateurs prennent les mesures nécessaires pour empêcher une utilisation abusive de PLE.

³ En matière d'exportation, un appel d'offres doit avoir lieu en règle générale. Les conventions internationales doivent être respectées.

Art. 5 Montant de l'aide financière

¹ L'aide financière de la Confédération couvre:

- a. La différence entre le prix auquel les fabriques de poudre de lait vendent la PLE (prix de cession) et le prix que l'acheteur doit verser pour celle-ci (prix de prise en charge);
- b. D'éventuels coûts de mise en valeur (expédition des affaires, intérêts, dénaturation, frais de mélange, frais de transport);

² Sont fixés:

- a. Le prix de cession, par l'Office fédéral sur proposition des fabriques de poudre de lait;
- b. Le prix de prise en charge, par les utilisateurs, sous réserve de l'approbation de l'Office fédéral.

Art. 6 Terme du paiement

L'Office fédéral verse l'aide financière à la Centrale de commercialisation après que celle-ci lui a fait parvenir le décompte final. L'Office fédéral peut verser une avance dans la mesure où la PLE a été vendue.

Art. 7 Répartition de l'aide financière

¹ La Centrale de commercialisation répartit l'aide financière entre les fabriques de poudre de lait, en proportion des quantités de PLE livrées.

² Lorsque la répartition donne lieu à un différend entre la Centrale de commercialisation et une fabrique de poudre de lait, l'Office fédéral décide.

Art. 8 Exécution

¹ L'Office fédéral est chargé de l'exécution de la présente ordonnance.

² Il surveille le respect des conditions et charges mises à l'octroi de l'aide financière.

Art. 9 Entrée en vigueur

La présente ordonnance entre en vigueur le

Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président de la Confédération,

Le chancelier de la Confédération,

Verwertung von überschüssigem Magermilchpulver

Der Bundesrat hat eine Verordnung über eine Finanzhilfe an die Verwertung von überschüssigem Magermilchpulver erlassen. Damit trägt er dem Umstand Rechnung, dass - marktbedingt - seit Jahren periodische Ueberschüsse von Magermilchpulver anfallen, die jeweils nur unter namhaften finanziellen Verlusten zu Futterzwecken im Inland abgesetzt oder exportiert werden können.

Schon bisher erfolgte die Verwertung in der Regel aufgrund freiwilliger Vereinbarungen der betroffenen Wirtschaftskreise (Milchpulverwerke, Futtermittelimporteure, Mischfutterfabrikanten), so dass der Bund eine an sich mögliche Uebernahmepflicht nicht anzuordnen brauchte. Jedoch hat er sich in den letzten Jahren regelmässig an den anfallenden Verwertungskosten beteiligt, zuletzt in den Jahren 1980/81.

In jüngster Zeit haben die Magermilchpulvervorräte wieder stark zugenommen (Milchpulverwerke: ca. 11'500 t; Hersteller von Milchersatzfuttermitteln: ca. 2'500 t). Da mit einem weiteren Ansteigen zu rechnen ist, sind gezielte Verwertungsaktionen unumgänglich geworden. Diesem Zweck dient die erwähnte Verordnung; gleichzeitig hat der Bundesrat die Verlustbeteiligung des Bundes neu geregelt. Die Durchführung der Verwertung ist nach wie vor grundsätzlich Sache der Privatwirtschaft. Dem Bund werden die zur Wahrung der öffentlichen Interessen erforderlichen Entscheidungs- und Mitwirkungsbefugnisse eingeräumt.

Im Budget 1985 ist als Finanzhilfe für die Verwertung von überschüssigem Magermilchpulver ein Betrag von 8 Mio Franken enthalten.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
Presse- und Informationsdienst

COMMUNIQUE DE PRESSE

Écoulement d'excédents de poudre de lait écrémé

Le Conseil fédéral a arrêté une ordonnance concernant une aide financière à l'écoulement d'excédents de poudre de lait écrémé. Il a ainsi tenu compte du fait que ces excédents, qui apparaissent périodiquement depuis des années en raison des conditions du marché, peuvent seulement être vendus à des fins d'affouragement dans le pays ou exportés, ce qui occasionne de grandes pertes financières.

Autrefois déjà, l'écoulement était en règle générale organisé sur la base d'accords librement consentis par les milieux intéressés (fabriques de poudre de lait, importateurs de matières fourragères, fabricants de fourrages mélangés), et la Confédération n'a pas eu besoin d'ordonner une prise en charge obligatoire, possible en soi. Au cours des dernières années, la Confédération a toutefois participé régulièrement à la couverture des frais, la dernière fois en 1980/81.

Ces derniers temps, les stocks de poudre de lait écrémé ont de nouveau fortement enflé (fabriques de poudre: env. 11 500 t; fabricants de succédanés du lait: env. 2 500 t). Etant donné qu'il faut s'attendre à voir ces stocks augmenter encore, il est indispensable d'organiser des campagnes spécifiques de mise en valeur. C'est là le but de l'ordonnance citée. En même temps, le Conseil fédéral a réglé d'une manière nouvelle la participation de la Confédération à la couverture des pertes. La commercialisation demeurera en principe l'affaire de l'économie privée, la Confédération se voyant accorder en matière de décisions et de collaboration les compétences nécessaires à la sauvegarde de l'intérêt public.

Un montant de 8 millions de francs est porté au budget 1985 pour l'aide à l'écoulement d'excédents de poudre de lait écrémé.

DEPARTEMENT DE L'ECONOMIE PUBLIQUE
Service de presse et d'information



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

450.7

3003 Berne, le 15 janvier 1985

DistribuéAu Conseil fédéral

Ordonnance concernant une aide financière
 à l'écoulement d'excédents de poudre de lait écrémé

Rapport-joint

à la proposition du Département fédéral de l'économie publique
 du 11 janvier 1985

Notre département se rallie à la présente proposition.

Nous regrettons toutefois que les producteurs de lait (UCPL) ne puissent être amenés à participer davantage au financement de la mise en valeur des excédents. Rappelons que dans le cadre des actions conventionnelles de 1976/77 et 1980/81, la contribution de l'UCPL a représenté près de 15 % des dépenses totales (9 millions sur un total de quelque 63 millions).

Une participation appropriée des producteurs de lait contribuerait à garantir que l'on fasse un usage modéré de cette mesure particulièrement coûteuse. Elle serait d'autant plus souhaitable que les charges du compte laitier sont fortement croissantes (835 millions au budget de 1985), alors que la contribution des producteurs aux dépenses non couvertes est limitée à 2 cts par kg, soit à 45 millions en tout.

